



Liebe Leserin,
lieber Leser,

Was macht eigentlich Friedrich Merz?



What Brexit?

Klar, er will Bundesvorsitzender der CDU werden. So viel weiß ich. Man kann ihn ja kaum dabei übersehen, wie er sich von einer Regionalkonferenz zur nächsten mittelschichtet. Aber hat er so überhaupt noch Zeit, sich um seinen Job als Brexit-Beauftragter der Landesregierung zu kümmern? Jetzt, wo sich Großbritannien und die verbleibenden 27 EU-Staaten auf ein Abkommen verständigt haben, ist seine Präsenz für Nordrhein-Westfalen im Vereinigten Königreich doch wichtiger denn je.

Allerdings: Welche Präsenz? [Wie das Magazin Westpol herausgefunden hat, hat das Land Nordrhein-Westfalen gar keine Repräsentanz auf der Insel.](#) Dabei

hatte die Landesregierung damit doch vollmundig geworben. Kein Büro, keine Adresse, keine Deals? Das ist offenbar für den selbst erklärten Mittelschicht-Millionär Merz nicht attraktiv genug. Dann doch lieber Dreikampf um den CDU-Vorsitz. Warum uns das interessiert? Weil es Nordrhein-Westfalen schadet. [Und darüber diskutieren wir im Plenum in einer Aktuellen Stunde.](#)

Normalerweise sind ja **Haushaltsberatungen** immer ein Highlight der Debatte im Plenum. Aber das, was die Landesregierung da als Haushalt 2019 vorgelegt hat, ist eher so etwas wie ein Tiefschlag. Die Steuereinnahmen sprudeln, doch Finanzminister Lienenkämper schafft es trotzdem nicht, die sozialen Belange der Menschen und Städte in unserem Land angemessen zu berücksichtigen. Ein Beispiel? Leider kein Problem: Statt der Caritas, der Diakonie, der AWO und den anderen Sozialverbänden mehr Geld zur Verfügung zu stellen, sind der Landesregierung mehr Stellen in den Ministerien wichtiger. Unsere Forderung nach 10 Millionen Euro zusätzlich für ein landesweites Azubi-Ticket? Abgelehnt. Weitere schlechte Beispiele werden wir im Plenum in der zweiten Lesung des Haushalts kritisieren.

Stoppt den Diesel-Wahnsinn! Kostenlos Nachrüsten statt Fahrverbote!



Um die drohenden Fahrverbote zu verhindern, brauchen wir jetzt dringend Hardware-Nachrüstungen für die betroffenen Fahrzeuge. Die Zeche dafür dürfen aber nicht die Bürgerinnen und Bürger zahlen, sondern einzig und allein die Verursacher. Und das sind die Automobilhersteller. Die CDU-FDP-Landesregierung unter Ministerpräsident Armin

Laschet lässt die betroffenen Dieselfahrerinnen und -fahrer und auch die von Fahrverboten betroffenen Städte und Gemeinden im Stich. Wir fordern: Stoppt den Diesel-Wahnsinn! Kostenlos Nachrüsten statt Fahrverbote!

[Jetzt weiterlesen](#)

SPD vor Ort: Wir machen Düsseldorf



Düsseldorf ist unsere Lieblingsstadt! Deshalb engagieren wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns hier und haben in den vergangenen Jahren schon viel bewegt. Einige Beispiele kann man sich nun auf der Homepage der Düsseldorfer SPD - sortiert nach den Stadtteilen - genauer anschauen.

[Wir machen Düsseldorf..](#)

SPD macht sich für Alleinerziehende stark: Weske fordert ergänzende Betreuungsmöglichkeiten

Das Armutsrisiko für Alleinerziehende wächst seit Jahren und ist insbesondere ein Problem von Müttern. Oftmals gelingt es nicht, Kindererziehung und Beruf unter einen Hut zu bringen. Das Modellprojekt „Sonne, Mond und Sterne“ aus Essen zeigt, wie ergänzende Kinderbetreuung Alleinerziehenden und ihren Kindern hilft, aus der Armutsspirale zu entkommen. Ich unterstütze die Ausweitung des Konzeptes auf die Landeshauptstadt.

[Weiter ...](#)

Erfolgreicher Wandel braucht eine gute Infrastruktur



Das Rheinische Revier steht vor großen Veränderungsprozessen. Damit die Klimaschutzziele erreicht werden können, stehen umfassende strukturpolitische Anstrengungen bevor. Dabei darf der Wandel von Energiesektor und Wirtschaft aber nicht einfach den Marktkräften überlassen werden. Die Menschen und Kommunen müssen aktiv bei dieser Veränderung unterstützt werden. Zu einer erfolgreichen Gestaltung des Strukturwandels im Rheinischen Revier braucht die Region eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur. Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) greift hier zu kurz, weil nicht alle erforderlichen Straßenbaumaßnahmen als „Vordringlicher Bedarf“ vorgesehen sind. Deshalb braucht das Revier einen Sonderverkehrswegeplan zur Sicherung und Stärkung des Wirtschaftsstandortes NRW. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, dass die notwendigen finanziellen Mittel und weiteren Rahmenbedingungen auf Bundesebene bereitgestellt werden und machen konkrete Vorschläge für erforderliche Infrastrukturmaßnahmen.

[Drucksache 17/4292](#)

100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland - viel erreicht und noch viel vor!



Das Motto des ersten Internationalen Frauentages 1911 lautete „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“. Dank des Einsatzes starker sozialdemokratischer Frauen trat am 30. November 1918 das Reichswahlgesetz mit dem Frauenwahlrecht in Kraft. In Artikel 109 Absatz 2 der Weimarer Verfassung wurde festgelegt: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten.“ Wie die Sozialdemokratin Marie Juchacz in ihrer Rede als erste Frau in der Weimarer Nationalversammlung betonte, wurde den Frauen endlich das zugestanden, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten wurde. Die Bilanz nach 100 Jahren fällt jedoch

ernüchternd aus: In nordrhein-westfälischen Kreis-, Gemeinderäten sowie Bezirksvertretungen stellen Frauen knapp 30 Prozent der Mandate, in kommunalen Spitzenfunktionen sind Frauen noch weniger vertreten. Hier muss weiter nachgebessert werden. Gleichberechtigung muss nicht nur rechtlich, sondern auch gesellschaftlich umgesetzt werden. Mit einem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN bekräftigen wir am Freitag im Plenum, dass die Errungenschaften der Gleichstellung der Geschlechter als demokratische Grundprinzipien nicht verhandelbar sind. Unter anderem fordern wir die Landesregierung auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und gleichstellungspolitische Ziele für Frauen und Männer zu fördern.

Drucksache 17/4291

Arbeitsbedingungen an Hochschulen in NRW - die Landesregierung will die Uhren zurückdrehen



Vor vier Jahren hat die SPD-Landeregierung das Hochschulzukunftsgesetz beschlossen. Paragraf 34a des Gesetzes regelte die Qualität der Arbeitsbedingungen und wurde vom Wissenschaftsrat ausdrücklich begrüßt. In einem Rahmenvertrag für gute Beschäftigungsverhältnisse wurde eine Evaluierung verabredet, die vier Jahre nach dessen Unterzeichnung durch eine sogenannte Ständige Kommission erfolgen sollte. Die CDU-

Landesregierung will nun mit ihrem Gesetzentwurf die Uhren zurückdrehen: Sie hält den Paragraf 34a für entbehrlich und will ihn abschaffen - ohne diese vereinbarte Evaluierung abzuwarten.

Drucksache 17/3349

<https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-3349.pdf>

Fotonachweis

Kleve : SPD-Landtagsfraktion
Brexit : SPD-Landtagsfraktion
Straßenbau : SPD-Landtagsfraktion
Frauenwahrlecht : SPD-Landtagsfraktion
Hochschule: pixelio /Nico Korte